

Mitglieder des „Osmanen Germania Box-Club“

Kriminalität

Rocker im Türkei-Konflikt

Landeskriminalamt fürchtet Gewalt zwischen türkischen und kurdischen Gangs.

Das baden-württembergische Landeskriminalamt warnt vor einer Eskalation der Gewalt zwischen türkischen und kurdischen Rockern. Wie aus einem vertraulichen Lagebericht hervorgeht, tragen die verfeindeten Gangs „den aktuell in der Türkei stattfindenden politischen Kampf auch in Deutschland aus“. Auf der einen Seite stehen demnach nationalistische Türken, die sich in der Bande „Osmanen Germania Box-Club“ versammeln (SPIEGEL 12/2016). Auf der anderen Seite formieren sich türkische Kurden in der Gruppierung „Bahoz“, zu Deutsch: „Sturm“. Bei einem Aufeinandertreffen der Gangs müsse „mit exzessiver Gewalt“ und dem Einsatz scharfer Schusswaffen gerechnet werden, so das Landeskriminalamt. Bereits im Frühjahr fielen die Banden im Stuttgarter Raum übereinander her. Nach Erkenntnissen der Polizei ist „Bahoz“ in Teilen aus dem inzwischen verbotenen Rockerklub „Red Legion“ hervorgegangen. Der wiederum war von Mitgliedern einer Jugendabteilung der als Terrororganisation verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK gegründet worden. Auch in Hessen gab es schon Ausschreitungen von „Osmanen“ und „Bahoz“. Die Polizei stuft die Banden als „rockerähnlich“ ein, weil sie in Struktur, Auftreten und Selbstverständnis Gangs wie den Hells Angels oder Bandidos ähneln. Allerdings fahren ihre Mitglieder nur selten Motorrad. jdl

Jugendämter

Kraft stoppt Schwesig

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) scheint mit ihrer Reform der Kinder- und Jugendhilfe zu scheitern. Das Kanzleramt hat bislang keinen Arbeitsentwurf des Gesetzes erhalten, obwohl es bis Mai einen Referentenentwurf geben sollte. Da bis zur Bundestagswahl im Herbst 2017 nicht viel Zeit bleibt, wird aus dem Projekt wohl nichts. Mit der „Inklusiven Lösung“, wie die Reform auch genannt wird, würden Jugendämter zum Ansprechpartner aller Familien werden, auch derjenigen mit behinderten Kindern. Für die Verzögerung habe Nordrhein-Westfalen gesorgt, heißt es aus Regierungskreisen. Schwesig traut sich demnach nicht, einen Entwurf vorzulegen, den ihre Parteikollegin Hannelore Kraft ablehnt. Die Reform sieht vor, dass in jedem Jugendamt Experten für die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen arbeiten. NRW mit seinen vielen kleinen Jugendämtern müsste dafür besonders viel neues Personal beschäftigen. akm

AfD-Plakate

Werbung aus dem Nichts

Die Bundestagsverwaltung will nicht weiter gegen möglicherweise illegale Parteispenden an die AfD vorgehen. „Die Darstellung der Partei ist mangels anderweitiger Erkenntnisse nicht zu widerlegen“, teilte ein Sprecher mit. Vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz hatten rund zwei Millionen Haushalte Gratiszeitungen erhalten, die für die AfD warben. Bis heute ist unklar, wer die Aktion finanziert hat. Der Bundesvorstand der AfD teilte mit, die Aktion sei nicht mit ihm abgestimmt gewesen; ob einzelne Personen informiert waren, blieb in dem Schreiben offen. Erst wenn es neue Erkenntnisse geben sollte, will die Bundestagsverwaltung weiter prüfen. Derzeit tauchen in Mecklenburg-Vorpommern, wo in drei Wochen gewählt wird, Plakate mit ähnlichen Aussagen auf. Bislang erkennt die Bundestagsverwaltung in diesem Fall „keine Anhaltspunkte für einen Verstoß der AfD gegen das Parteiengesetz“. akm